KLEINER TAGESSPIEGEL

SILBER, DAS WEISSE METALL, hatte seine faszinierende, ihm Wert und Geltung sichernde Verwandtschaft mit dem Gold aufgeben müssen, als in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die reinen Goldwährungen Mode wurden. Auf einer stark verminderten Wertbasis wurde es immerhin noch als zweites Edelmetall in halbvergoldeten Währungen geduldet. Der Ferne Osten ließ sich trotz mannigfacher Versuche einer Umstimmung seine Sympathie für das Silber nie austreiben, und auch im Münzverkehr der modernen Staaten wurde Silber nicht ganz unentbehrlich. Die Silbertaler des Mittelalters kamen mit dem damaligen „Welthandel" in viele Teile Vorderasiens und Afrikas. Der Maria-Theresien-Taler erfreut sich heute noch im Norden und Osten Afrikas großer Beliebtheit. In den Vereinigten Staaten wurde dann das Silber zum politischen Metall. Für die großen Kupfer- und Bleiproduzenten war der Weltmarktpreis für diese beiden Metalle nur rentabel, wenn Silber als Nebenprodukt gleichzeitig gut bezahlt wurde. Der Weltmarkt war einer Preissteigerung aber nicht mehr zugänglich. Aus diesem Grunde griff der Staat ein. Die Währungsgesetze wurden so abgeändert, daß Silber wieder in der offiziellen Deckung Eingang fand, und alles war in Ordnung. Während des Krieges wurde bekannt, daß das weiße Metall in der Rüstungsindustrie benutzt wurde. Nun wissen wir, daß 14 000 Tonnen davon bei der Herstellung der Atombombe gebraucht wurden. Gold hätte wahrscheinlich nichts genützt. Silber ist damit wieder ein machtvolles Metall geworden, denn es hat zu einer schnellen Beendigung des Krieges beigetragen. Man sieht daraus, daß die Preisvorstellungen im alten Sinne häufig abwegig sind. Die Währungslösung von Bretton Woods ging am Silber vorüber. Aber das Silber hat es jetzt nicht mehr nötig, sich vom Gold abhängig zu fühlen. E. hat wieder eigene Funktionen erhalten; es braucht nicht wie das Gold an einer Stelle der Erde ausgegraben und an einer anderen wieder in Tresoren stillgelegt zu werden. Ob wir nun besser daran sind?

„ENTARTETE KUNST wird abgelehnt" — wo? Im „Dritten Reich"? Das wäre nicht neu, also nicht erwähnenswert. Nein, im Inseratenteil des Katalogs der vom Kulturbund veranstalteten Ausstellung bildender Künstler in der Kammer der Kunstschaffenden. Der Kulturbund wird mit Recht sagen, er übe keine Zensoren-Rechte über die in seinem Katalog erscheinenden Inserate aus. Sollte diese Großzügigkeit aber wirklich so weit gehen, daß „Porträt- und Genre-Maler" oder „Internationale Fachphotographen" ihren Unfug treiben können? Denn entweder liegen da leichte Verstandesdefekte vor, worauf die Schlagzeile des Inserats „Triumph ausübender Künstler!" (mit dem die ausübenden Künstler zur Bildung einer Interessengemeinschaft aufgefordert werden sollen) zu deuten scheint, oder aber wir haben hier ein Fossil aus der Goebbels-Zeit vor uns, in der die unbeseelten überdimensionalen Muskelpakete des Herrn Breker oder die verkitschten Postkartenphysiognomien der in ihrer halben Entkleidung so klebrig-süßlich wirkenden Kleinbürgertypen aus der Werkstatt des Professors Ziegler als letzte Vollendung in der Kunst gepriesen wurden. Beides: das — milde gesagt — intellektuelle Unzulängliche wie die Rückstände aus dem Tausendjährigen Reich dürften in einem Katalog des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands — bei aller „demokratischen" Großzügigkeit — fehl am Platze sein.

Verratene Jugend!

Die nachfolgenden temperamentvollen Aeußerungen stammen von einem Achtzehnjährigen. Wir geben sie wieder, weil sie in ihrer rückhaltlosen Aufrichtigkeit besseren Aufschluß geben über die geistige Lage zahlloser Jugendlicher, als viele theoretische Ueberlegungen über dieses Thema.

Im Elternhaus erzogen für die Liebe zum „Führer". In der Schule näher gebracht den zerstörungssüchtigen Elementen des Nationalsozialismus. Von der Hitlerjugend planmäßig verhetzt zu Judenhaß und Selbstaufopferung. Uniformiert vom ersten Augenblick selbständigen Denkens an. Dadurch hineingesteigert in maßlose Selbstüberschätzung und Verachtung des demokratischen und kosmopolitischen Gedankens. Schließlich gestürmt durch tausendfachen Tod und Vernichtung des Schlachtfeldes. Geschlagen, zerfetzt, zertreten! Das ist der Weg unserer Jugend. Da hilft kein Beschönigen und Vertuschen: Wir sind durch Massensterben physischer und geistiger Art geschritten. Jetzt stehen wir vor einer neuen Welt. Es ist als wenn ein Höhlenbewohner ,der sein ganzes Leben lang im Dunkeln hauste, plötzlich vor der unfaßbaren Helle des Sonnenlichtes steht. Er wird es zuerst für schädlich und falsch halten; er wird versuchen, zurück in die Finsternis zu kriechen, denn sein Geist ist dem Neuen nicht gewachsen. Es ist klar, daß er sich, wenn einige wohlmeinende Helfer kämen und ihn mit Gewalt herauszerren wollten, dagegen stemmen würde. Hier kann nur Einfühlung und freundschaftliche Belehrung helfen, gepaart mit dem gesunden Menschenverstand des Höhlenbewohners, der nach geraumer Zeit doch merken wird, daß Licht besser ist als Schatten. Genau das ist bei der heutigen Jugend der Fall.

Der kleine Junge von fünf Jahren sah die großen „Pimpfe" marschieren und Geländespiele treiben. Neidisch war er auf den Bruder, der mitmachen durfte. Die Eltern waren entweder Parteigenossen, die ihn schon in der Kindheit lehrten, für den „Führer" zu beten und „pfui" zu sagen, wenn ein Jude vorbeikam. Oder sie waren vorsichtig und sagten dem Kinde gar nichts über die Politik. Dafür sorgten dann schon die Spielgefährten und endlich die Schule. Eines der ersten Lieder, die gelernt wurden, war „Die Fahne hoch". Die ersten „Staatsmänner", die der Knabe kennenlernte, waren Parteibonzen. Mit dem wachsenden Alter wurde die Verhetzung teuflischer. Vom zehnten Jahre an unterstützte die HJ das zielbewußte Streben der Schule, einen guten „Soldaten des Führers" aus dem Jungen zu machen. Zwar war der Dienst in der HJ inzwischen Pflicht und Gesetz geworden, aber die große Masse ging genau so freudig wie vorher ihren Weg durch diese „Selbsterziehungsschule". Es war nur eine kleine Minderheit, bei der sich das natürliche Ehrgefühl sträubte, diesen sogenannten „Führern" zu gehorchen, die meist alles andere besaßen als eine gute Erziehung. Sie waren aber für die Einpeitschung nationalsozialistischer Propaganda-Thesen und den Drill zum Kadaver-Gehorsam gut geeignet. Wenn sich dann eine gesunde Opposition im Jungen gegen dieses System regte, schämte er sich beinahe vor sich selbst, denn er „verriet" ja seine Kameraden.

Das Gift begann zu wirken. Die bösen Instinkte wurden planmäßig bloßgelegt. Es ist leicht, sich darüber zu entrüsten, daß die Jugend die schlimmsten Judenhasser und die radikalsten Hitlerkämpfer stellte, aber schwer, sie zu verstehen. Es geht hier nicht um Schuld oder Nichtschuld, Urteil oder Verzeihung, sondern um einen neuen Weg in die Zukunft. Die Tatsache, daß Hitler Jahre hindurch das Idol unserer Jugend war, kann nicht weggeleugnet werden.

Nach dieser Erziehung — der Krieg. Das Rekrutenleben war nichts Neues. Man war es von der HJ gewöhnt. Man kam von der Front auf Urlaub und wurde von den jüngeren Freunden als die Elite des Vaterlandes bewundert. Doch dann kam die Wende, kamen die furchtbaren Vernichtungsschlachten, und zuletzt der Schlußstrich: die Gefangenschaft hinter Stacheldraht. In langen Wochen des Wartens auf die Heimkehr wuchs der Trotz, und nur bei wenigen reifte die Erkenntnis, daß das, was geschehen war, einen historischen Sinn haben muß. Und plötzlich wurden wir wieder hineingestellt in das Leben des Alltags.

Demokratie! Was kann dieses Wort bedeuten für eine Jugend, die erzogen wurde, es zu verachten? „Ihr habt jetzt das Recht der Meinungsfreiheit", sagt man der Jugend. „Schön", antwortet sie, „aber wir sind Nationalsozialisten, dürfen wir das heute laut sagen oder in der Zeitung schreiben?" Die Antwort kann nur nein sein. „Aber was ist Demokratie, was ist Freiheit, wenn es doch noch einen Winkelzug gibt, der sie außer Kraft setzt", fragt diese Jugend. „Welche Volksmeinung hat denn die Bürgermeister, Referenten und sonstige führende Persönlichkeiten an die Macht gebracht? Was machen die Obleute im demokratischen Staat, die es in der russischen Zone immer noch gibt?" Der Erwachsene lenkt ab — uns scheint, er redet sich aus —, aber die Frage bleibt bestehen: „Wo ist die Demokratie?" Jugendausschüsse wurden gebildet, ein Zentral-Jugendausschuß beim Magistrat gegründet, ein ganzer Apparat wurde aufgezogen, in den die Jugend wieder eingespannt werden soll. Aber will sie es denn? Kann es denn kein Politiker verstehen, daß es eine Grenze gibt, wieviel Politik in einen jungen Menschen gestopft werden kann? Wir wollen endlich selbständig denken und handeln! Wir wollen nicht mehr bevormundet werden! Wenn wir Vertreter haben wollen, die unsere Rechte verteidigen, so können diese in Schule oder Betrieb gewählt werden. Was unterscheidet denn die heutige Jugendbewegung von der letzten? Lediglich der Name? Der äußerliche Aufbau, gepreßt in die Zwangsjacke einer „Organisation" scheint sich zu wiederholen.

Aus der anfänglichen Scheu vor den neuen Dingen, die unerwartet kamen und etwas noch nie Dagewesenes im Leben der Jugend darstellten, wurde langsam Trotz und Verbitterung. „Aus der alten Propaganda wurde eine neue", sagt die Jugend. „Wenn uns vorher nur die Vertreter einer Partei agitatorisch bearbeiteten, so tun es jetzt die von vieren." Wer will von einem Jungen, der hungert, friert und dem obendrein gesagt wird, alles, was er bisher glaubte, sei Verbrechen gewesen, einen positiven Entschluß zu einem neuen Anfang erwarten? Er sieht die Maschinen für die Reparationen nach Osten rollen. Er sieht die Flüchtlinge zerfetzt und zerlumpt von daher kommen. Aber mit seinem schlecht beeinflußten Geist kann er nicht den Zusammenhang erkennen zwischen den jetzigen Zuständen und der Schuld derer, die sie verursachten. Soll er da zuversichtlich und froh an die Arbeit gehen, um an einer demokratischen Erneuerung Deutschlands mitzuwirken?

Das Problem ist größer, als man sich gemeinhin ausmalt. Nahrung und Bekleidung können durch Zwangsmaßnahmen mit der Zeit gesichert werden. Nicht aber der Glaube einer Generation, der nicht mehr mit leeren Phrasen beizukommen ist. An diesem Punkt wird sich unsere junge Demokratie bewähren müssen. Sie wird zeigen müssen, daß auch für eine verratene Jugend Platz ist im neuen Vaterland, ohne Einordnung in ein neues, unliebsames System.

Bernt Conrad

BLICK AUF DEUTSCHLAND

Dr. Wirth will nach Deutschland zurückkehren

Luzern, 11. Dezember (DANA)

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Wirth beabsichtigt, nach zwölf Jahren politischen Exils nach Deutschland zurückzukehren. Er wartet zur Zeit die Einreiseerlaubnis der französischen Regierung in die französische Zone ab.

Dr. Wirth, Mitglied der früheren Zentrumspartei, ist 66 Jahre alt. Er gründete in der Schweiz zusammen mit anderen deutschen Emigranten die Bewegung „Das demokratische Deutschland", die neben der Organisation „Das freie Deutschland" bestand. Einer seiner engsten Mitarbeiter war der Sozialdemokrat Dr. Hoegner, der vor kurzem nach Deutschland zurückkehrte und nach der Entfernung Schaeffers den Posten des bayerischen Ministerpräsidenten übernahm.

Hochofen angeblasen

Rheinhausen, 11. Dezember (DANA)

Auf der Friedrich-Alfred-Hütte wurde der Hochofen Nr. 6 angeblasen. Damit wird die Roheisen- und Stahlerzeugung in kurzer Zeit aufgenommen. Gegenwärtig sind dort rund zweitausend Arbeiter beschäftigt; ihre Zahl soll erheblich vermehrt werden.

Kölner Universität eröffnet

Am 10. Dezember wurde die Universität in Köln wieder eröffnet. Der neue Rektor Prof. Dr. Kroll wies darauf hin, daß nur ein Teil der Bewerber zum Studium zugelassen werden konnte, und warnte gleichzeitig vor einer Ueberfüllung der akademischen Berufe. Zwei Professoren der Universität Cambridge überbrachten Grüße und Glückwünsche der britischen Studenten.

Keine Anerkennung deutscher Patente

Wiesbaden, 11. Dezember (DANA)

Das Registergericht in Frankfurt am Main soll die Funktionen eines Patentamtes für den Bereich Groß-Hessen übernehmen. Solange Deutschland völkerrechtlich noch nicht als gleichberechtigter Partner gilt, ist eine internationale Anerkennung und Sicherung deutscher Patente nicht zu erwarten. Im Augenblick ist nur eine Sicherung der Prioritäten möglich.

Wieder Bier in Süddeutschland

Frankfurt a. M., 11. Dezember (DANA)

Trotz der knappen Getreideversorgung hat das amerikanische Hauptquartier die Genehmigung für die Wiederaufnahme der Bierproduktion in der gesamten amerikanischen Zone erteilt. Wegen des Kohlenmangels können die Brauereien jedoch ihren Betrieb erst am 15. Februar wieder aufnehmen. Die Brauereien in Hessen-Nassau werden etwa eine Million Hektoliter Bier erzeugen, was der Jahresproduktion von 1942 und 1943 entspricht.

Kuren in Bad Wildungen

Bad Wildungen, 11. Dezember (DANA)

Der Kurbetrieb in Bad Wildungen ist wieder aufgenommen worden. Durch das Entgegenkommen der amerikanischen Behörden verfügt die Kurverwaltung wieder über die notwendigen Mittel zur Durchführung von Trink- und Badekuren.

Kohlesteuer in der Mark Brandenburg

Potsdam, 11. Dezember (Radio. Berlin)

Eine Kohlesteuer wird vom nächsten Jahre an in der Mark Brandenburg erhoben, und zwar auf den Verkauf von Kohle und Briketts ab Grube oder Brikettfabrik. Die Gruben bzw. Brikettfabriken dürfen die Steuer nicht auf den Verbraucher abwälzen.

Neue Zeitung für Ingolstadt

Ingolstadt, 11. Dezember (DANA)

Als 21. Zeitung in der amerikanischen Zone wird am 11. Dezember der „Donau-Kurier" lizenziert werden. Die Zeitung wird in einer Auflage von 42 000 Exemplaren wöchentlich zweimal für das Gebiet von Ingolstadt, Neuberg, Eichstädt und Pfaffenhofen erscheinen.

Die Lizenzträger sind: Joseph Lackas, ein wegen seiner antifaschistischen Einstellung verfolgter Journalist, Rolf Mößbauer, früherer Schriftleiter der „Landsberger Neuesten Nachrichten", und Dr. Karl Pützfeld, ehemaliger Hauptschriftleiter der „Danziger Zeitung".

SPD gegen Listenverbindung

Frankfurt, 11. Dezember (DANA)

In der ersten Versammlung der SPD Groß-Hessen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich gegen jegliche Listenverbindung bei den kommenden Wahlen richtet. Die Entschlossenheit, den politischen Kampf allein und unabhängig zu führen, solle nicht bedeuten, daß die Partei nicht bei allen Fragen des Wiederaufbaues gemeinsam mit allen antifaschistischen Parteien zu arbeiten gewillt sei. Bei den Vorstandswahlen wurde Wilhelm Knothe zum Landesvorsitzenden der Partei gewählt. Das Geschäftsführende Präsidium setzt sich aus ihm und vier weiteren Mitgliedern zusammen.

Neue Steinkohlenreserven für Berlin

Berlin, 11. Dezember (SNB)

Die näheren Untersuchungsergebnisse des hundert Kilometer südlich von Berlin am wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Dobrilugk-Kirchhain entdeckten Steinkohlenvorkommens liegen jetzt vor. Es handelt sich um Flöze unter einer Fläche von fünf bis sechs Kilometer in ost-westlicher und drei bis vier Kilometer in nord-südlicher Richtung. Von den angebohrten vierzehn Flözen liegt eines in einer Tiefe von nur 60 Metern, das unterste in 500 Metern Tiefe. Die Mächtigkeit der Flöze schwankt zwischen vierzig Zentimeter und zwei Metern. Nach vorsichtigen Berechnungen sind rund hundert Millionen Tonnen Anthrazitsteinkohle vorhanden, von denen sechzig Millionen als abbauwürdig anzusehen sind. Der Heizwert der Kohlen entspricht dem der Steinkohle. Um die Verhältnisse für einen Schachtansatz zu klären, sollen demnächst zwei Kernbohrungen von je 750 Meter Tiefe niedergebracht werden. Mit dem eigentlichen Schachtabteufen kann im Laufe des Jahres 1946 begonnen werden. In Aussicht genommen ist eine Doppelschachtanlage. Bei einem Voranschlag von 600 000 t Förderung jährlich würde das neue Vorkommen für hundert Jahre ausreichen.

Gesicherte Arzneimittelversorgung

Frankfurt a. M., 11. Dezember (DANA)

Die Versorgung der in der amerikanischen Zone liegenden Krankenhäuser und Apotheken mit Arzneimitteln ist für die Dauer des Winters gesichert. Lediglich die früher eingeführten Basen wie Chinin, ätherische Oele, bulgarische Kamille und Malaga, die zur Herstellung von Kräftigungsmitteln nötig sind, werden weiter knapp bleiben. In Marburg haben die Behring-Werke die Produktion von Tetanus-, Diphtherie-, Scharlach- und Typhus-Serum wieder aufgenommen.

Warenkompensation zwischen den Zonen

Frankfurt a. M., 11. Dezember (DANA)

Einzelne Industriefirmen überwinden die Schwierigkeiten, die sich beim Handel über die Zonengrenzen ergeben, dadurch, daß die Waren bei einer Zentralstelle, dem Einkaufsbüro des Landwirtschaftsamtes bei der Industrie- und Handelskammer, zur Ein- und Ausfuhr, angemeldet werden. Hier wird dann die Ware kompensiert.

Motor-Streifen gegen Schwarzhandel

Hannover, 11. Dezember (HA-Dienst)

Um den Handel auf dem Schwarzen Markt zu unterbinden, wurden motorisierte Streifen auf den Straßen der Provinz Hannover eingesetzt, die durch überraschende Untersuchungen von Fahrzeugen und Straßenpassanten jede Lebensmittelzufuhr für den Schwarzen Markt unterbinden sollen.

UNSERE KRIEGSGEFANGENEN

Deutsche Kriegsgefangene aus Berlin und der Provinz Brandenburg, die in Italien in englische Gefangenschaft gerieten.

Obgefr. Herbert Kube, geb. 18. 7. 1912, Berlin-Tegel, Dietrich-Eckardt-Straße 45; Obgefr. Helmut Mantau, geb. 10. 3. 1923, Netzeband 7 (Brandenburg); Obgefr. Erich Müller, geb. 19. 9. 1923, Massen bei Finsterwalde, Weststr. 1; Gefr. Hans Grochowski, geb. 28. 12. 1925, Berlin, Germaniapromenade; Gefr. Hans Müller, 29. 10. 1900, Brück (Mark), Eisenbahnstraße; Gefr. Georg Neikardt, geb. 5. 8. 1900, Berlin N 65, Utrechter Str. 33; Gefr. Harry Wulstorf, geb. 13. 7. 1926, Berlin-Schöneweide, Berliner Str. 36; Hauptmann Dr. Ernst Franz, geb. 25. 2. 1898, Berlin-Spandau, Weißenburger Straße 32; Sekretär Eduard Sellig, geb. 13. 7. 1905, Berlin SW; Zahlmeister Paul Krause, geb. 26. 8. 1898, Berlin NO 55, Gülzowstraße 33; Wachtmeister Joseph Nietsche, geb. 6. 9. 1912, Berlin NW 87, Gotzkowskystr. 4; Obgefr. Werner Muck, geb. 4. 1. 1924, Gahlert, Kr. Calau (Niederlausitz); Obgefr. Ernst Nagrassus, geb. 12. 11. 1901, Niedermeiendorf bei Hennigsdorf; Obgefr. Ewald Noack, geb. 1907, Hasserien (Brandenburg), Kr. Luckau; Obgefr. Ernst Mumrich, geb. 25. 8. 1921, Potsdam, Am Stadtrand 44; Obgefr. Gerhard Petzold, geb. 25. 10 1922, Neuhauland (Brandenburg); Gefr. Erich Mante, geb. 1900, Uckermark; Gefr. Willi Mackseid, geb. 24. 10. 1901, Berlin-Friedenau; Gefr. Joachim Naumann, geb. 6. 10. 1925, Brandenburg (Havel); Gefr. Helmut Neumann, geb. 12. 12. 1926, Pietz bei Landsberg; Gefr. Alfred Häseler, geb. 5. 2. 1924, Berlin-Schöneberg; Soldat Werner Nieder, geb. 29. 3. 1904, Rosenthal bei Berlin; Soldat Willi Nötzold, geb. 26. 3. 1902, Berlin-Neukölln, Emserstr. 127 a; Uffz. Adolf Klemmstein, geb. 24. 3. 1911, Berlin-Charlottenburg, Küstriner Str. 13; Uffz. Albert Pietsch geb. 12 9. 1912, Berlin-Schöneberg, Wartburgstr. 6; S.-Obgefr. Hans Jahnke, geb. 10. 4. 1924, Nebenburg (Priegnitz), Freiensteiner Straße; Obgefr. Gerhard Jaglinski, geb. 17. 3. 1921, Berlin N 20, Bornholmer Str. 54; Stabsgefr. Valentin Klaus, geb. 12. 11. 1924, Arnsheim 50, Kr. Luckau; Gefr. August Dahnke, geb. 20. 4. 1904, Berlin-Weißensee, Lothringer Str. 12; Obgefr. Wilhelm Gleißner, geb. 31. 5. 1903, Berlin W 35, Elßholzstraße 12; Obgefr. Erich Hanke, geb. 22. 12. 1903, Pritzwalk (Brandenburg), Steg 39; Gefr. Wilhelm Klähn, geb. 4. 8. 1911, Havelberg, Bischofsberg 51; Soldat Otto Kirstan, geb. 22. 12. 1903, Ferrow, Kolonie 61; Gefr. Max Krause, geb. 3. 8. 1901, Gosen b. Berlin, Köpenicker Str. 71; Obgefr. Paul Linke, geb. 15. 1. 1904, Stahnsdorf; Obgefr. Herbert Lerfurth, geb. 5. 12. 1910, Berlin-Marienfelde, Iserstr. 56; Obgefr. Gerhard Oehn, geb. 16. 6. 1918, Netzdorf (Brandenburg); Feldwebel Herbert Dreißner, geb. 20. 6. 1908, Ketzendorf (Spree); Gefr. Rudolf Schlosser, geb. 2. 5. 1902, Bln.-Blankenburg, Parkstr. 38; Stabsgefr. Erich Schmidt, geb. 19. 12. 1904, Berlin; Gefr. Friedrich Schröder, geb. 19. 8. 1901, Berlin; Obgefr. Hermann Fielitz, geb. 8. 6. 1898, Berlin; Obgefr. Paul Waldow, geb. 28. 7. 1906, Frankfurt (Oder), Sophienstr. 24; Obgefr. Max Wilde, geb. 10. 6. 1921, Quartschen (Brandenburg) Nr. 143; Gefr. Arthur Wilke, geb. 3. 12. 1900, Berlin NO 18, Friedenstr. 27; Obgefr. Ernst Fielke, geb. 14. 5. 1909, Berlin-Adlershof, Kronprinzenstr. 68; Obgefr. Horst Zimmermann, geb. 18. 2. 1911, Bln.-Rudow, Hopfenweg; Feldwebel Paul Zinke, geb. 19. 5. 1915, Bln.-Karlshorst; Uffz. Heinz Ramlow, geb. 24. 8. 1913, Bln.-Köpenick, Padiusstr.; Uffz. Karl Fallack, geb. 10. 5. 1905, Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 58; Uffz. Albert Köppke, geb. 18. 10. 1910, Dauer 42, bei Brandenburg; Stabsgefr. Hans Brütigam, geb. 6. 5. 1909, Brandenburg; Obgefr. Hans Böhr, geb. 18. 9. 1912, Berlin N 65, Lindower Str. 8; Obgefr. Karl Doberitz, geb. 1. 12. 1905, Güterstdorf; Obgefr. Otto Dührkopf, geb. 6. 5. 1902, Dauenwalde (Brandenburg); Obgefr. Otto Gill, geb. 16. 7. 1901, Berlin-Schwammbeck; Obgefr. Franz Häfig, geb 22. 3. 1905, Reichel (Guben), Frankfurt/Oder; Obgefr. Albert Männeck, geb. 12. 12.1912, Berlin NW 87, Newostr. 62; Obgefr. Willi Klauke, geb. 28. 5. 1902, Berlin-Zehlendorf; Forkstr. 8; Obgefr. Willi Kliche, geb. 15. 7. 1903, Berlin N 65, Antonstr. 48; Gefr. Werner Bendisch, geb. 6. 11. 1925, Ganzow (Uckermark), Markt 67; Gefr. Fritz Bertelsen, geb. 11. 7. 1911, Berlin NO 18, Lichtenbergstr. 15; Gefr. August Blaschke, geb. 23. 3. 1902, Havelberg; Gefr. Eberhard Hackental, geb. 11. 4. 1901, Blankenfelde (Teltow), Maikowskistr. Nr. 51; Gefr. Alexander Heinrich, geb. 22. 10. 1905, Berlin N 54; Gefr. Alfred Kühn, geb. 28. 12. 1925, Berlin, Reinickendorfer Str. 2; Gefr. Heinz Lehmann, geb. 24. 12. 1925, Pinnow bei Lübben; Gefr. Hermann Neeck, geb. 29. 3. 1926, Liebdehne, Stadtrandsiedlung 5; Gefr. Ignatz Tuschere, geb. 16. 2. 1906, Berlin C 2; Obgefr. Willi Fein, geb. 18. 10. 1908, Berlin N 54, Choriner Str.; Grenadier Horst Braun, geb. 19. 7. 1927, Berlin W 35, Blumenthalstr. 17; Grenadier Franz Kinkel, geb. 25. 6. 1903, Alt-Waltersdorf; Grenadier Alfred Stäge, geb. 18. 11. 1906, Berlin N 56, Afrikanische Str. 153b; Uffz. Fritz Bensch, geb. 27. 5. 1921, Groß-Meiska (Pommern); Obgefr. Joseph Abeeck, geb. 10. 3. 1905, Pillnitz (Rügen); Obgefr. Erwin Bahr, geb. 8. 5. 1923, Berlin.

Rechtsschutz der Angeklagten

Die bedeutende Rolle, die der Verteidigung der Angeklagten im Belsen-Prozeß zukam und ebenso jetzt im Nürnberger Prozeß zukommt, lenkt die Aufmerksamkeit auf den Rechtsschutz des Angeklagten im englischen und amerikanischen Recht. In Deutschland hat es hie und da Befremden erregt, daß mit Angeklagten wie denen von Belsen und Nürnberg solche Umstände gemacht werden. Darum weisen wir nochmals darauf hin, daß in angelsächsischen Ländern der Rechtsschutz des Angeklagten geradezu als Kernproblem der Strafrechtspflege betrachtet wird — was eben mit ein Grund dafür ist, daß das Fundament so sicher ist, auf dem diese Staaten ruhen.

Es gab und gibt in allen Kulturstaaten allgemein anerkannte Grundsätze, durch die der Angeklagte vor willkürlicher Verurteilung und anderen Ungerechtigkeiten geschützt werden soll. Dazu gehört, daß er sobald wie möglich seinem Richter zugeführt wird und so lange als unschuldig gilt, wie seine Schuld nicht festgestellt ist. Er hat ferner Anspruch auf Verteidigung durch einen Berufsanwalt, auf Oeffentlichkeit der Strafverhandlung und auf volle Unabhängigkeit seiner Richter. Lauter Prinzipien, die in den totalitären Staaten über Bord geworfen wurden.

In England ist, historisch gesehen, der Angeklagtenschutz aufs innigste mit der parlamentarischen Regierungsform und dem bürgerlichen Freiheitsrecht verknüpft, Dinge, die der Engländer als unentbehrliche Bestandteile seiner nationalen Existenz empfindet. Dieser Zusammenhang ist schon deutlich in der berühmten „Magna Charta", der nationalen Freiheitsurkunde von 1215, und er wird es noch mehr in der Geschichte der englischen Verfassungskämpfe des siebzehnten Jahrhunderts. Damals war die servile und brutale Rechtspflege eine Hauptwaffe des Absolutismus der Stuart-Dynastie. Gerade dadurch wurde der Rechtsschutz der Angeklagten eine der wesentlichsten Forderungen der freiheitlichen Bewegungen.

In der überwiegenden Zahl der Fälle wird das Schicksal des Angeklagten durch Würdigung des Beweismaterials entschieden. Hier ist er daher besonders schutzbedürftig. Zunächst werden die Belastungszeugen vernommen; zuerst vom Anklagevertreter, dann vom Verteidiger, dann, falls nötig, wieder von dem Anklagevertreter. Bei der Vernehmung der Entlastungszeugen spielt sich das gleiche ab, nur daß die Verteidigung den Vortritt vor der Anklage hat. Diese Form der Verhandlung mit ihrer meist präzisen Abfolge von Fragen und Antworten macht es möglich, die Zulässigkeit von Beweismitteln strengen Regeln zu unterwerfen. Eine unzulässige Frage an einen Zeugen kann sofort angefochten und vom Richter unterbunden werden. Der Angeklagte hat das Recht, die Aussage zu verweigern, und er muß ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht werden. Andererseits kann er, wenn er es wünscht, in eigener Sache unter Eid aussagen. Allerdings unterwirft er sich damit auch dem Kreuzverhör des Anklagevertreters. Ein Zeuge wiederum darf nur über Tatsachen, nicht über seine Ansichten und Schlußfolgerungen aussagen; er darf auch nicht den Bericht eines Dritten vortragen, selbst dann nicht, wenn dieser nicht vernommen werden kann und sein Bericht von entscheidender Bedeutung ist.

Es läßt sich nicht leugnen, daß einige der untersagten Beweismittel aufschlußreich sein könnten. Vom Standpunkt reiner Logik aus gesehen wäre es gewiß nicht abwegig, Vorstrafen zu berücksichtigen. Allein das menschliche Vorurteil ist ein nicht zu unterschätzender Faktor. Die bloße Tatsache der Verdächtigung und Anklage nach langen Polizeiverhören hat ferner oft unheilvolle psychologische Wirkungen: einmal auf den Angeklagten selbst, für den sie eine schwere seelische Belastung darstellen, dann aber auch auf Richter und Geschworene, so redlich sie sich auch bemühen, unvoreingenommen zu sein.

Uebrigens sind in England die Laufbahnen für Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte nicht getrennt. Ein erfolgreicher Verteidiger kann zum Richter oder zum Kronanwalt ernannt und mit der Vertretung der Anklage beauftragt werden. So wird jede Einseitigkeit des Ausblicks, jede typische „Richter- oder Staatsanwaltsmentalität" verhindert.

Die Sorgfalt, die man dem Rechtsschutz des Angeklagten zuwendet, hat aber nichts zu tun mit milder Haltung gegenüber Verbrechen und Verbrechern. Im Gegenteil, im Vergleich mit den Richtern vieler anderer Länder verhängt der englische Richter im allgemeinen recht harte Strafen. Er neigt nicht besonders dazu, Entschuldigungsgründe in den persönlichen Umständen des überführten Angeklagten zu berücksichtigen. Dem festen Schutz individuellen Rechtes entspricht eine feste Auffassung von individueller Verantwortung, gestützt auf die Erkenntnis, daß die Gesellschaft eine Erschütterung ihrer Ordnung verhindert, wenn sie den einzelnen vor ungerechter Strafverfolgung schützt.

Erste deutsche Reparationsleistungen

Berlin, 11. Dezember (DANA)

Der Koordinierungs-Ausschuß des Alliierten Kontrollrats hat die erste Liste deutscher Werke, die zu Reparationszwecken bestimmt sind, bekanntgegeben. Sie zählt 26 in den drei westlichen Besetzungszonen gelegene Unternehmungen mit beweglichen Maschinenanlagen und Einrichtungen (ohne Gebäude) im Gesamtwert von rund 232 Millionen Reichsmark. Fast 48 Prozent gehen in den Besitz Rußlands und Polens über, 52,2 Prozent sind zur Aufteilung unter den siebzehn westlichen Nationen bestimmt. Dieser Teil entspricht ungefähr dem Wert der in der britischen Zone gelegenen Werke in Höhe von rund 120 Millionen Mark. Die Differenz entfällt fast völlig auf die amerikanische Zone.

Unter den größten Werken sind die Hüttenwerke Friedrich Krupp in Essen-Borbeck zu nennen, die auf 27,5 Millionen Mark geschätzt werden und an Rußland und Polen gehen. Diese beiden Länder werden außerdem noch folgende größeren Werke erhalten: Bandeisenwalzwerk Dinslaken (ca. 18 Millionen M.), Thermo-Elektrische Werke Glendorf (ca. 9 Millionen M.), unterirdische Werke: Neckareltz (ca. 19 Millionen M.), Deschimag-Bremen (ca. 12 Millionen M.), Kugel-Fischer-Werke Schweinfurth zur Hälfte (12 Millionen M.) und Schieß-Defries, Düsseldorf teilweise (6,7 Millionen Mark). Rußland wird für 15 Prozent der ihm zugesprochenen Werke Lebensmittel, Kohle, Kali, Zink, Nutzholz, Tonerzeugnisse, Erdölprodukte und andere Erzeugnisse liefern. Unter den anderen größeren Werken sind BMW (I und II) mit einem Gesamtwert von 16 Millionen M., Blohm & Voß, Hamburg (20,5 Millionen M.), Kurbelwellen-Werke, Hamburg (8 Millionen M.), Haniel und Lueg, Düsseldorf (13 Millionen M.), Klöckner-Humboldt-Deutz (2,1 Millionen M.) und Mathes & Weber, Duisburg (7 Millionen M.) zu nennen. Diese erste Liste stellt nicht die endgültigen Reparationsforderungen dar. Pläne für eine endgültige Regelung werden von dem Finanzdirektorium der vier Großmächte vorbereitet. Zu diesem Zweck wird eine interalliierte Reparationskommission mit dem Sitz in Brüssel gebildet.